

NEWSLETTER

Der Verein Lebensraum Schweiz

Der Verein Lebensraum Schweiz ohne Grossraubtiere setzt sich für die Interessen der Bergbevölkerung, der Landwirtschaft, des Tourismus und der Jagd ein, welche unter den Folgen der Anwesenheit von Grossraubtieren wie Wolf, Luchs und Bär zu leiden haben.

Ablehnung der Motion Rieder im SR

Am 9. März 2016 hat der Ständerat über die ganzjährige Bejagbarkeit des Wolfes Beschluss gefasst. Leider wurde die Motion Rieder (Imoberdorf) mit 17 zu 26 Stimmen abgelehnt. Die Gegner argumentierten damit, dass die Lockerung der Bejagbarkeit des Wolfes faktisch zur erneuten Ausrottung in der Schweiz führen würde. Unser Verein stellt sich auf den Standpunkt, dass die Kompetenz im Umgang mit Grossraubtieren bei den Kantonen liegen muss.

Behandlung der Motion Engler

Im Juni 2014 stimmte der Ständerat und im März 2015 der Nationalrat der Motion Engler zu. Die Verwaltung bereitet eine Gesetzes- oder Verordnungsänderung vor, die wahrscheinlich im August 2016 in die Vernehmlassung beziehungsweise Anhörung kommt. Im Falle einer Gesetzesrevision beraten die beiden Kammern das revidierte Gesetz im Frühjahr 2017. Im Falle einer Verordnungsänderung gibt es keine Vernehmlassung.

Die Motion Engler zementiert die jetzige unbefriedigende Grossraubtierstrategie des Bundes. Sie bietet keine Antwort auf die hohen Umsetzungskosten, die Verletzung der Grundrechte und des Subsidiaritätsprinzips.

UREK-N unterstützt Walliser Standesinitiative

Die Umweltkommission des Nationalrates hat über die Standesinitiative des Kantons Wallis „Wolf! Fertig lustig.“ beraten, welche den Austritt aus der Berner Konvention und die Bejagbarkeit des Wolfes fordert. Eine Mehrheit der Kommission unterstützt das Anliegen und empfiehlt der grossen Kammer die Annahme der Initiative. Das zeigt einmal mehr das Unbehagen der Parlamentarier gegenüber der eingeschlagenen Bundesstrategie.

Grundrechte gefährdet?

Die Grundrechte der Bewohner der Schweiz schützen Leib und Leben sowie Hab und Gut. Zudem sind Grundrechte Menschenrechte, die in der ganzen Rechtsordnung zur Geltung kommen

müssen. Der Staat hat per Verfassung dafür zu sorgen, dass diese Grundrechte eingehalten werden. Die Grossraubtiere und insbesondere der Wolf bedrohen die elementaren Grundrechte nach Unversehrtheit des Lebens. Der Staat haftet gemäss des Verursacherprinzips für alle Schäden, die Wölfen in der Schweiz anrichten.

Untersuchung Wolfskadaver

Die aufgefundenen mutmasslichen Wolfskadaver in den Kantonen Graubünden und Wallis erlauben eine wissenschaftliche Untersuchung der morphologischen Merkmale der Tiere und die Bestimmung, ob es sich tatsächlich um Wölfe oder Hybridtiere handelt.

Der Verein ist an der Klärung der Wolfs-Mischlingsfrage sehr interessiert und unterstützt Bestrebungen in diese Richtung. Das die gefundenen Wolfskadaver nach wie vor Gegenstand von strafrechtlichen Untersuchungen sind, kommen diese im Moment als Untersuchungsobjekt nicht in Frage.

Taugen die Herdenschutzmassnahmen?

Aus den Bundesländern Mecklenburg Vorpommern und Sachsen häuften sich Meldungen von Wolfattacken auf geschützte Schafherden. Die Dreistigkeit nimmt ständig zu. In einer Nacht wurden über 60 Schafe einer Herde gerissen. Ob diesen Meldungen steigt die Nervosität bei den hiesigen Schäfern. Die Alpsaison steht vor der Tür. Kann die nötige Anzahl Hirten, Herdenschutzhund aufgetrieben werden? Welche Zäune gelten als sicher und sind anerkannte Herdenschutzmassnahmen? Sind die Schäfer überhaupt bereit, ihre Tiere abzugeben? Schon heute wissen wir, das Wolfskonzept des Bundes produziert Regulierung, Kosten und Schäden. Auch diesen Sommer werden wir lernen, dass das Konzept versagt und die Ausbreitung der Grossraubtiere munter und unkontrolliert voranschreitet.

1. DV des nationale Vereins

Die Delegierten der kantonalen Sektion des VLSoGRT sind sich einig, dass die Problematik der Grossraubtiere vom Bund verkannt wird und die Umweltschutzverbände die Situation verharmlosen. Der Blick über die Landesgrenze reicht aus um zur Feststellung zu gelangen, dass die weitere Ausbreitung der Grossraubtiere unter den heutigen Vorzeichen gravierende wirtschaftliche Folgen haben wird.